

Arnspitzstr. 4, 82481 Mittenwald

An  
Herrn Bürgermeister  
Adolf Hornsteiner  
und die Fraktionen im  
Marktgemeinderat

Enrico Corongiu  
und  
Rudolf Rauch  
SPD-Gemeinderäte  
OV Mittenwald

Fon: 08823 - 928888  
e-corongiu@t-online.de

**04.11.2014**

**Antrag an den Gemeinderat: Rückführung der kommunalen Wasserversorgung in die Träger- und Betreiberschaft der Gemeinde.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

die SPD-Fraktion beantragt die vollständige Rekommunalisierung der Mittenwalder Wasserversorgung. Die Marktgemeinde Mittenwald muss **wieder** die alleinige Kontrolle über die Wasserversorgung erhalten und somit den öffentlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger unterstellt werden.

Damit die Marktgemeinde wieder den kompletten Einfluss auf das Rechtsgut Wasser erlangt, beantragen wir, dass die Verwaltung drei verschiedene Modelle prüft und dem Gemeinderat, so bald wie möglich, wieder zur weiteren Behandlung und evtl. Abstimmung vorlegt.

1. Die Übernahme und Einbindung der Wasserversorgung in die Gemeindewerke Mittenwald
  2. Übernahme der Anteile (49%) der ESB durch den Markt Mittenwald und der Fortführung einer 100%-gen Eigengesellschaft.
- und
3. Übernahme und Durchführung, im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit (Möglichkeiten verschiedener Gesellschaftsformen), durch die drei Isartal-Gemeinden Wallgau, Krün und Mittenwald.

Begründung:

In Deutschland ist die Wasserversorgung eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand. Die Verantwortung und Zuständigkeit liegt bei den Kommunen, die zur Erfüllung dieser Aufgabe verschiedene Organisations- und Rechtsformen nutzen können.

Es besteht keine Notwendigkeit, bewährte Formen guter und bezahlbarer Wasserversorgung der kommunalen Daseinsvorsorge zu entziehen und das Lebensmittel Trinkwasser zum Nachteil der Verbraucher als beliebige Handelsware dem Gewinnstreben privater Wirtschaftsunternehmen zu überlassen. Kommunen arbeiten aufwanddeckend, was nicht ausschließt, dass sie Gewinne erwirtschaften. In diesem Fall kann transparent darüber entschieden werden, wohin die Gewinne fließen. Des Weiteren nimmt die finanzielle Situation von Kommunen einen immer größer werdenden Stellenwert ein. Erzielte Gewinne können kommunale Haushalte stützen, wodurch



## SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Schulen, Bäder, Straßen und letztendlich die Bürgerinnen und Bürger direkt profitieren. Durch interkommunale Zusammenarbeit können kleinere Gemeinden ihre Handlungsfähigkeit und Selbstständigkeit erhalten. Wasser ist ein Allgemeingut und das wichtigste Lebensmittel! Die Wasserversorgung ist Kernaufgabe der kommunalen Daseinsfürsorge und stellt eine ortsnahe und nachhaltige Versorgung in einem europaweit führenden Qualitätsstandard sicher. Die Versorgung mit Wasser ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ist daher ein soziales Recht.

*In den letzten Monaten haben über 1,4 Millionen Menschen in Europa die europäische Bürgerinitiative „Right2water - Wasser ist ein Menschenrecht“ unterstützt.*

### Europäisches Vergaberecht und geplante internationale Abkommen

Europäisches Vergaberecht und geplante internationale Abkommen nehmen jetzt schon Einfluss auf kommunalpolitische Entscheidungen und Verantwortungsbereiche.

***Kommunen können Aufträge - durch Vergaberecht gesetzte Grenzen - ausschreibungsfrei an ihre eigenen Gesellschaften nur beschränkt vergeben; die Anforderungen an ausschreibungsfreie In-House-Vergaben wurden durch die Rechtsprechung des EuGH streng begrenzt. Der EuGH setzt für die Inhouse-Fähigkeit ein hohes Maß an Einflussnahme durch die Kommune voraus. Dies ist bei hundertprozentigen Eigengesellschaften der Fall, da die Kommune einen Einfluss „wie über eine eigene Dienststelle“ ausüben kann.***

Durch internationale Abkommen (TTIP=Transatlantic Trade and Investment Partnership, TISA „Trade in Services Agreement“ und CETA „Comprehensive Economic and Trade Agreement“) werden der Privatisierung *Tür und Tor* geöffnet. Die geplanten Freihandelsabkommen, zwischen zahlreichen Ländern und der EU, dienen den Interessen der Konzerne und nicht uns Menschen. In den Abkommen verankerte Klauseln sollen es Konzernen erleichtern auf Kosten der Allgemeinheit Profite bei **Wasserversorgung**, Gesundheit und Bildung zu machen. Wenn erst einmal privatisiert wurde, sollen zukünftige Mechanismen (Ratchet-Mechanismus) eine Rekommunalisierung erschweren, wenn sogar unmöglich machen.

Durch bereits existierende Abkommen (Investitionsschutzabkommen, Herkunftslandprinzip...) wurden bereits kommunale Grundfreiheiten abgebaut. Durch kleine kommunalpolitische Geschicke – **Rekommunalisierungen** – können aber Hürden und Gefahren für Bürger verhindert werden.

### ***Rekommunalisierung ist erfolgreich!***

Zudem können durch eine gelungene Rekommunalisierung...

- BürgerInnen mit kalkulierbaren und bezahlbaren Preisen, guter Qualität und einem Ansprechpartner vor Ort rechnen.
- Beschäftigte fair und tariflich entlohnt, ihre betriebliche Mitbestimmung gestärkt werden
- die Kommunen finanziell und politisch größere Handlungsspielräume gewinnen. Sie kann bedarfsnah die nötige umwelt- und bewohnergerechte Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen planen. Sie arbeiten kostendeckend und streben nicht nach Extra-Profiten. Wenn Überschüsse entstehen, können diese in kommunale Infrastruktur reinvestiert werden.



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**

- europäische Vergaberechtsformen sowie durch internationale Abkommen abgeschlossene Investment Schutzklauseln gemieden werden.
- die kommunale Selbstbestimmung gestärkt werden
- die Kunden mehr Zukunftssicherheit und Verlässlichkeit erlangen, da die Kommunen auch in Jahrzehnten noch existieren, eine Aktiengesellschaft aber morgen schon verkauft sein kann...

Erfolgreiche Beispiele zeigen, dass Rekommunalisierungen in vielen Fällen eine gute Alternative zur privaten Organisation der Daseinsvorsorge darstellen können. Nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass Märkte keineswegs unfehlbar sind. Es muss daher sowohl auf kommunaler Ebene, als auch bei den BürgerInnen das Bewusstsein für Rekommunalisierungen als gangbare Alternative gestärkt werden.

---

Mit freundlichen Grüßen

Rudolf Rauch  
Gemeinderat

Enrico Corongiu  
Gemeinderat

---